



**Eine Idee geht um die Welt**  
Kai Schäfer macht Fotos von Schallplatten – und kann davon leben  
Seite 21



## HILDESHEIM UND REGION

**HILDESHEIM**  
**Nach „Ultimatum“: Lage bei Bosch spitzt sich zu**

Die Lage im Hildesheimer Bosch-Werk wird immer dramatischer. Der Betriebsrat hat nach eigenem Bekunden ein Ultimatum der Firmenspitze verstreichen lassen – zugleich aber neue Zugeständnisse angeboten. Seite 9

## HILDESHEIMER LAND

**Klare Tendenz zur Zukunft des Kurbetriebs**

Im Hildesheimer Kreistag und dem Bad Salzdetfurther Stadtrat zeichnen sich Mehrheiten für die Sanierung des Kurbetriebs ab. In den ersten Beratungen gab es für die neuen Pläne weitgehende Einigkeit. Seite 16

## THEMA DES TAGES

**Hildesheim wird wieder zur Schlemm-Hochburg**

Am Freitag startet das Schmeckfest Hopfen & Happen in der Innenstadt. Veranstalter Matti Müller stellt die Neuankommlinge unter den Brauern und Street-Food-Gastronomen vor – und freut sich auf einen altbekannten Rückkehrer. Seite 14

## AUS ALLER WELT

### BLICK IN DIE ZEIT

**Friedrich Merz geht auf Polen und Frankreich zu**

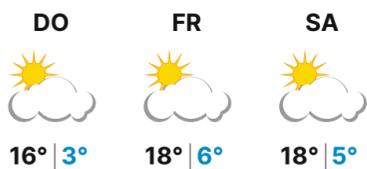
Einen Tag nach seinem Amtsantritt hat Bundeskanzler Friedrich Merz einen „Neustart“ in den Beziehungen zu Frankreich und Polen angekündigt. Nach der Zitterpartie bei der Kanzlerwahl am Dienstag brach er am Morgen zu seiner ersten Auslandsreise nach Paris und Warschau auf. Seite 2

### WELT IM SPIEGEL

**Konklave: Wahl des neuen Papstes hat begonnen**

Die Welt schaut nach Rom: Nach mehr als zwölf Jahren hat wieder ein Konklave zur Wahl des neuen Papstes begonnen. In der Sixtinischen Kapelle bestimmen nun 133 Kardinäle strengstens abgeschirmt den Nachfolger des verstorbenen Papstes Franziskus. Seite 28

## DAS WETTER



Rätsel & Horoskop	Seite 10
Fernsehprogramm	Seite 27
Medien & Wetter	Seite 26
Familienanzeigen	Seite 19
Anschrift:	Postfach 100 555, 31105 Hildesheim
Redaktion:	(0 51 21) 106-0
Kleinanzeigen Privatkunden:	(08 00) 106 71 00*
Abonnenten-Service:	(08 00) 106 72 00*
Fax:	(0 51 21) 106-2 17

\*Kostenlose Servicenummern

www.hildesheimer-allgemeine.de  
www.facebook.com/hinews  
www.instagram.com/hildesheimerallgemeine



4 190374 402701

# Droht eine Eskalation?

Indien greift Ziele in Pakistan als Reaktion auf den Terroranschlag in Kaschmir an – der Konflikt zwischen den Atommächten verschärft sich. Seite 4



FOTO: M. D. MUGHAL/AP/DPA

# Landesregierung will härter gegen verfassungsfeindliche Beamte vorgehen

Reform des Disziplinargesetzes in Niedersachsen soll Entlassungen aus dem Dienst leichter machen. Andere Bundesländer greifen bereits schärfer durch – besonders gegen AfD-Mitglieder.

Von Hannah Grützner

**Hannover.** Die Landesregierung will mit einer Reform des niedersächsischen Disziplinargesetzes dafür sorgen, dass Mitarbeiter mit verfassungsfeindlicher Gesinnung zukünftig schneller aus dem Staatsdienst entlassen werden können. Das geschehe unabhängig von der Entscheidung des Verfassungsschutzes, die AfD bundesweit als rechtsextremistisch einzustufen, betont ein Sprecher von Innenministerin Daniela Behrens (SPD).

„Gegnerinnen und Gegner unserer Freiheitlichen demokratischen Grundordnung haben im Staatsdienst nichts verloren“, sagte Behrens dieser Redaktion. Das gelte auch für Beamtinnen und Beamte, die Mitglieder der AfD seien – aber nicht grundsätzlich. „Wir werden auch in Zukunft einzelfallbezogen sehr konsequent disziplinarrechtliche Schritte einleiten, wenn sich Zweifel an ihrer Verfassungstreuepflicht ergeben.“

Zur Verfassungstreue sind alle Beamtinnen und Beamten per Gesetz verpflichtet. Verstößen sie dagegen, beispielsweise durch verfassungs-

feindliche Aussagen, stellt dies dem Innenministerium zufolge ein „schweres Dienstvergehen“ dar. Das kann auch schon jetzt zur Entfernung aus dem Beamtenverhältnis führen.

Zurzeit ist dafür eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts erforderlich. Das würde die Reform ändern. Dann könnte jede Dienststelle das Verfahren selbst einleiten. Das würde den Ablauf deutlich beschleunigen, erklärte der Ministeriumssprecher.



Bundesweite Regelung im Blick: Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD). FOTO: MICHAEL MATTHEY

„Wir werden auch in Zukunft einzelfallbezogen sehr konsequent disziplinarrechtliche Schritte einleiten, wenn sich Zweifel an ihrer Verfassungstreuepflicht ergeben.“

Daniela Behrens (SPD) niedersächsische Innenministerin

Betroffene Beamtinnen und Beamte müssten dann gegen die Behördenentscheidung klagen, wenn sie nicht einverstanden sind. Die Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz habe zunächst aber keine unmittelbaren beamten- oder disziplinarrechtlichen Auswirkungen, betonte der Ministeriumssprecher. Eine Parteimitgliedschaft von Beamtinnen und Beamten werde nicht erhoben.

Andere Bundesländer gehen schärfer gegen potenzielle Verfassungsfeinde vor. Wie die „Kieler Nachrichten“ berichteten, werden in Schleswig-Holstein bereits jetzt alle Beamte, die AfD-Mitglieder sind, überprüft. Außerdem soll ein sogenanntes Verfassungsschutzgesetz eingeführt werden. Dadurch sollen neue Bewerberinnen und Bewerber auf Verfassungsfeindlichkeit überprüft werden, noch bevor sie den öffentlichen Dienst antreten. „Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat im Gutachten festgestellt, dass der Bundesverband der AfD als gesichert rechtsextremistisch und somit als verfassungs-

feindlich gilt“, sagte Schleswig-Holsteins Innenministerin Sabine Sütterlich-Waack (CDU). Damit stehe der Verband nicht im Einklang mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Vor diesem Hintergrund müsse nun jede Beamtin und jeder Beamte mit einer AfD-Mitgliedschaft dienstrechtlich auf ihre oder seine persönliche Verfassungstreue überprüft werden. Nach Angaben von Sütterlich-Waack befinde man sich in der „Finalisierung von Regelungen“, um den öffentlichen Dienst schon vor der Einstellung resilient vor Verfassungsfeinden zu machen.

Niedersachsens Innenministerin geht vorerst nicht so weit. „Grundsätzlich sollten wir hier zu einem bundesweit einheitlichen Umgang gelangen“, sagte Behrens. Es sei aus ihrer Sicht gut, sich auf der bevorstehenden Innenministerkonferenz darüber auszutauschen. Vom neuen Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) forderte die SPD-Politikerin: „Ich erwarte vom neuen Bundesinnenminister, dass er bis dahin eigene Vorschläge erarbeitet und vorlegt.“

# Viele Deutsche bangen um Demokratie

Umfrage: Der Zweite Weltkrieg prägt auch 80 Jahre nach Ende des Nazi-Regimes das Land

Von Verena Schmitt-Roschmann

**Berlin.** 80 Jahre nach Ende des Nazi-Regimes bangt eine Mehrheit in Deutschland um die Demokratie und hat konkrete Ängste vor einem Dritten Weltkrieg. Dies geht aus einer Studie der Forschungsinstitute Yougov und Sinus hervor. Demnach sagten 64 Prozent der knapp 2200 Befragten, sie sähen die Demokratie in Deutschland in Gefahr. 60 Prozent sehen Parallelen zwischen der Gegenwart und den Dreißiger- und Vierzigerjahren. 43 Prozent halten die Wiederholung einer autoritären Herrschaft ähnlich der NS-Diktatur für denkbar. 59 Prozent äußern

konkrete Angst, dass bald ein Dritter Weltkrieg ausbricht.

Der Zweite Weltkrieg ging in Europa mit der deutschen Kapitulation zu Ende, die am 8. Mai 1945 wirksam wurde. Dieses Datum bewerten 45 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eher als Befreiung für Deutschland, 15 Prozent eher als Niederlage. Für 27 Prozent der Befragten steht der 8. Mai für beides – Befreiung und Niederlage. Die übrigen 13 Prozent machen keine Angaben.

Für 75 Prozent der Befragten ist klar, dass die Nationalsozialisten die Schuld an der Zerstörung Deutschlands tragen. 27 Prozent sagen, es sei die Schuld der Alliierten, dass Deutschland nach

dem Zweiten Weltkrieg in Schutt und Asche lag. Für 55 Prozent der Befragten hat Deutschland wegen seiner Vergangenheit eine besondere moralische Verantwortung für Frieden und Zusammenarbeit in der Welt.

Zur Erinnerungskultur äußern sich die Befragten vielschichtig. 67 Prozent der Teilnehmer sagen, die Nazi-Zeit präge bis heute das Selbstverständnis Deutschlands. Für 34 Prozent wird in Deutschland eher zu viel über die Rolle des Landes im Zweiten Weltkrieg gesprochen; 23 Prozent sagen, es sei eher zu wenig. Der Aussage „Wir schauen zu sehr auf die dunklen Kapitel der deutschen Geschichte“ stimmen 57 Prozent zu.

Yougov hat nach eigenen Angaben in Kooperation mit dem Sinus-Institut vom 21. bis 24. März 2196 Personen online befragt.

Während des von Deutschland unter Adolf Hitler entfesselten Zweiten Weltkriegs wurden moralische und ethische Grenzen in nie dagewesenem Ausmaß überschritten. Im Zuge des Holocaust wurden rund sechs Millionen Juden von den Nazis systematisch ermordet. Im Krieg gab es Massaker an Zivilisten, gezielte Hungerstrategien sowie den massiven Einsatz moderner Waffentechnologie – und schließlich den Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

# Hohe Strafe für Sennheiser

**Bonn/Wedemark.** Wegen illegaler Preisabsprachen muss das vor allem für seine Kopfhörer bekannte Unternehmen Sennheiser 6 Millionen Euro Strafe zahlen – es habe jahrelang bei Händlern interveniert, um höhere Preise im Laden zu erreichen, teilte das Bundeskartellamt mit. Seit mindestens 2015 habe Sennheiser die Verkaufspreise der eigenen Produkte beobachtet. Händler, die diese deutlich unter der von Sennheiser vorgesehenen unverbindlichen Preisempfehlung (UVP) verkauften, seien zur Anpassung der Preise aufgefordert worden, hieß es.

# HILDESHEIM

## OBEN LINKS



Von Björn Stöckemann

## Respekt, Olaf!

Laf, O, Laf! Ich gebe zu, ein bisschen enttäuscht bin ich von Altkanzler Olaf Scholz. Zu seinem großen Zapfenstreich hätte eigentlich „Satellite“ von Lena gehört – allein schon wegen der Zeile: „Love, oh, Love“. Welcher Spitzenpolitiker hat sich schließlich schon vor Amtsantritt in einen Song eingeschrieben. Ich bin sicher: Olaf Scholz ist überzeugt davon, dass er das geschafft hätte. Dann hätte der Friedenskanzler noch Nicoles „Ein bisschen Frieden“ dazu nehmen können. Dummerweise hat Deutschland aber nur zweimal den Eurovision Songcontest gewonnen. Einen großen Zapfenstreich mit drei Liedern füllt das nicht. Ich fürchte aber, dass es Scholz nicht geholfen hätte, wenn er bis Herbst im Amt geblieben wäre. Dass dieses Jahr ein dritter ESC-Sieg aus Deutschland dazukommt, daran glaube ich nicht. Olaf Scholz und Stefan Raab, beide haben ihren Zenit halt überschritten. Offenbar genauso wie Friedrich Merz – sogar noch vor Amtsantritt. „Respekt“, um es mit Scholz eigener Liedauswahl zu sagen. Aber, über die Aboder erst beim zweiten Versuch Gewählten soll man nur Gutes reden. Also: Scholz hat mit The Beatles einen schönen Schlussakkord für seinen Zapfenstreich ausgesucht. „In My Life“ vom Orchester zu hören, das hat schon was. In diesem Sinne: Respekt, Olaf!

## ZAHL DES TAGES

88

Liter Bier betrug der Pro-Kopf-Verbrauch in Deutschland im vergangenen Jahr.

## VOR 25 JAHREN

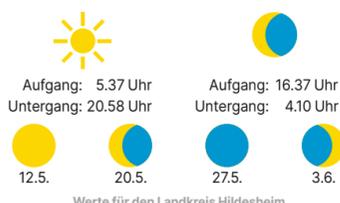
**Nordstemmen.** Wochenlang bestand noch Hoffnung, doch nun steht fest: Kaiser's Kaffeegeschäft in Nordstemmen, das 1987 eröffnet wurde, wird Ende Juni geschlossen. Betreiber Tengemann habe sich intensiv um einen Nachfolger bemüht, letztlich habe jedoch kein Interessent angeknipst. In den nächsten Tagen beginnt der Ausverkauf.

## DAS WETTER

	gestern	heute	morgen
Temperatur max. (°C)	14,5	16,0	18,0
Temperatur min. (°C)	3,5	2,0	4,0
Niederschlag (mm)	0,0	0,0	0,0
Luftfeuchte (relativ)	48%	39%	41%

Werte für den Landkreis Hildesheim

## SONNE UND MOND



## ZU GUTER LETZT



... steht in Heinde nicht nur ein Bett, sondern gleich eine ganze Häuserreihe im Kornfeld. Gesehen von Heinz-Peter Gerber aus Heersum.

# Eskalation bei Bosch: Betriebsrat lässt „Ultimatum“ verstreichen

Das Unternehmen forderte nach Angaben der Arbeitnehmer-Vertretung die Zustimmung zu einem massiven Personalabbau. Der Betriebsrat lehnte ab – bietet aber neue Zugeständnisse an.

Von Tarek Abu Ajamieh

**Hildesheim.** Das Ringen um die Zukunft des Elektromotoren-Werks von Bosch in Hildesheim spitzt sich weiter zu. Der Betriebsrat erklärte am Mittwoch anlässlich einer Betriebsversammlung, dass ein „Ultimatum“ des Automobil-Zulieferers an die Arbeitnehmer-Vertretung abgelaufen sei. Nun fürchte man mehr denn je eine Schließung des Werks in den nächsten Jahren. Zugleich erklärte sich der Betriebsrat zu neuen Zugeständnissen an Bosch bereit.

Rund 90 Arbeitnehmer-Vertreter aus 23 deutschen Bosch-Standorten waren am Mittwoch nach Hildesheim gekommen, um ihre Solidarität mit den hiesigen Beschäftigten zu bekunden. Sie stellten sich mit Transparenten und Plakaten an der Kreuzung vor dem Werk im Hildesheimer Wald auf, forderten den Erhalt der Niederlassung, während Betriebsräte und IG Metall in einer Pressekonferenz ihre Positionen darlegten.

Der Betriebsrats-Vorsitzende des Hildesheimer Elektromotoren-Werks, Stefan Störmer, erklärte, Bosch habe von seinem Gremium verlangt, bis zum 30. April ein sogenanntes Eckpunktepapier zu unterzeichnen. Dieses sollte das Ziel des Unternehmens festschreiben, die Belegschaft im Werk bis zum Jahr 2032 von jetzt knapp 1250 auf 530 zu reduzieren.

### Lohnverzicht denkbar

Sollte das nicht passieren, werde Bosch in einer Zusammenkunft der Geschäftsführung am 14. Mai entscheiden, ob und wie es mit dem Werk weitergehen solle, so Störmer. Laut IG Metall hat das Unternehmen selbst in einer Mitarbeiter-Information „ganz offen eine vollständige Stilllegung des Standorts ins Spiel gebracht, sollte der Betriebsrat nicht binnen weniger Tage seine Zustimmung zu den vom Arbeitgeber vorgelegten Plänen geben“.

Der Betriebsrat unterschrieb das Papier nicht. Das Gremium hatte seinerseits vorgeschlagen, 300 Stellen sehr kurzfristig abzubauen und zudem die rund 100 verbliebenen befristeten Arbeitsverträge auslaufen zu lassen. „Wir sind, wenn es die wirtschaftliche Lage erfordert, auch darüber hinaus bereit, über weiteren Stellenabbau zu reden – aber wir wollen das nicht jetzt schon endgültig festschreiben“, betonte Stefan Störmer.

Stattdessen schlug er zusätzlich einen befristeten Entgeltverzicht der verbleibenden Beschäftigten vor, um dem Unternehmen zu helfen. „So könnten wir die Fachkräfte und das Knowhow an Bord halten, bis die Elektromobilität wieder anzieht – und davon gehen wir fest aus“, so Störmer. „Was wir vorge-



Der Hildesheimer Betriebsrats-Vorsitzende Stefan Störmer erläutert die Angebote der Arbeitnehmerseite.

FOTO: CHRIS GOSSMANN

legt haben, ist keine Wunschliste, sondern ein belastbares Konzept.“

Störmer betonte: „Wir haben die Wirtschaftsdaten berücksichtigt, die Marktverläufe analysiert und Maßnahmen angeboten, die dem Unternehmen konkret helfen. Dass diese Vorschläge ignoriert und stattdessen mit der Schließung des Werkes gedroht wird, ist ein Schlag ins Gesicht.“ Die Belegschaft sei bereit, „falls notwendig, den Kampf um die Zukunft unseres Werkes zu führen“. Die Firma beharre aber auf ihrer Maximalforderung.

Bosch bestätigte das am Mittwochabend auf Nachfrage – gab sich aber gleichwohl weiter Gesprächsbereit: „Wir halten eine Absenkung auf 530 Stellen bis Ende 2032 für notwendig“, sagte ein Sprecher. Dazu, wie Bosch sich den Abbau vorstellt, kursieren verschiedene Jahreszahlen. Das Unternehmen wollte sich am Mittwoch nicht festlegen. „Wie, in welchen Schritten und mit welchen Maßnahmen eine solche Restrukturierung umgesetzt werden kann, ist in Vereinbarungen mit der Arbeitnehmervertretung festzulegen.“ Bosch sei „offen für verschiedene Vorschläge und auch Standpunkte“. Diese könnten in die Gespräche einfließen. Sie müssten aber „wirtschaftlich nachhaltig tragfähig sein und zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen“.

530

Beschäftigte soll das Werk nach den Vorstellungen von Bosch künftig haben – derzeit sind es rund 1250.

Das habe auch Bereichsvorstand Karsten Müller, der eine Dienstreise nach Ungarn abgebrochen hatte, um bei der Betriebsversammlung zu sprechen, am Mittwoch vor den Beschäftigten in Hildesheim betont. Es gehe darum, „die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes wiederherzustellen“. Dafür sei es wichtig, zügig zu einer Einigung zu kommen. Zu dem „Ultimatum“ wollte Bosch sich nicht äußern, gab sich aber offen für weitere Gespräche.

### „Immer Lösungen gefunden“

Betriebsrats-Chef Störmer erinnerte indes daran, dass betriebsbedingte Kündigungen per Standortvereinbarung bis Ende 2027 ausgeschlossen seien. „Die Firma muss also rund 750 Beschäftigte finden, die gegen eine Abfindung freiwillig gehen – das ist schon sehr sportlich.“ Käme es zu einer Werkschließung, müsse es ebenso Verhandlungen über die Entschädigung der Mitarbeiter geben.

Frank Sell, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates für den Geschäftsbereich Bosch Mobility, zu dem in Hildesheim das Werk und auch der Software-Bereich XC (früher Bosch Car Multimedia) gehören, erklärte, aus seiner Sicht stehe ganz klar die Drohung einer Schließung des Standorts Hildesheim im Raum. Er habe in 30 Jahren nicht

„eine solche Härte und Kommisslosigkeit“ in Verhandlungen mit dem Bosch-Management erlebt: „Wir haben sonst immer Lösungen gefunden.“ Er monierte zudem, dass Bosch mit E-Mobilität und Software gerade in „Zukunftsbereichen“ kürzen wolle.

### IG Metall moniert „Spaltung“

Karoline Kleinschmidt, Erste Bevollmächtigte der Gewerkschaft IG Metall Alfeld-Hamel-Hildesheim, warnte vor den Folgen eines massenhaften Stellenabbaus oder gar einer Werkschließung für die Region: „Das sind menschliche Schicksale, aber es würde auch das Handwerk, den Einzelhandel und die Kommunen treffen.“ Sie warf der Bosch-Spitze vor, durch ihr Vorgehen die Belegschaft „spalten“ zu wollen und verlangte: „Dieses Verhalten muss aufhören!“

Mit Blick auf das Eckpunktepapier von Bosch sagte Kleinschmidt: „Was hier vorliegt, ist kein Zukunftsplan, sondern ein Entsorgungsdokument in mehreren Schritten.“ Bosch kündige den Beschäftigten einen schrittweisen Abbau an – ohne klar zu sagen, was danach bleibt. „Ohne ein Bekenntnis zum Werk, ohne Produktstrategie, ohne Investitionszusage“, so die Gewerkschafterin. So lasse sich kein Vertrauen aufbauen.

# 32-Jähriger soll versucht haben, Tankstelle auf Marienburger Höhe zu überfallen

Kurz nach der Tat nimmt die Polizei einen Mann in der Nähe des Tatorts fest – und lässt ihn noch am selben Tag wieder frei

Von Katharina Brecht und Milan Bauseneik

**Hildesheim.** Versuchter Überfall auf der Marienburger Höhe: Ein Mann soll am Mittwochmorgen um kurz vor 10 Uhr versucht haben, Geld in einer Tankstelle zu erbeuten. Nach Informationen dieser Zeitung handelt es sich um die Aral-Tankstelle in der Marienburger Straße. Die betrat der Mann laut des Polizeispre-

chers Jan Makowski am Vormittag binnen einer halben Stunde dreimal, wobei er auch etwas kaufte. Als ihn die Angestellten der Tankstelle beim dritten Betreten ansprachen, soll der 32-jährige Hildesheimer plötzlich Geld eingefordert haben. „Dabei war er aber weder maskiert, noch bewaffnet“, sagt Makowski. Eine Angestellte löste dennoch sofort den Alarm aus, woraufhin der Mann flüchtete.

Die Flucht scheiterte jedoch ebenso wie der versuchte Überfall – die alarmierte Polizei startete mit mehreren Streifenwagen die Fahndung nach dem Verdächtigen, zu dem eine Beschreibung vorlag. Nur rund 15 Minuten später nahmen Beamte tatsächlich einen Mann in der Straße Großer Saatner fest, der im Verdacht stand, der Räuber zu sein. Es handelte sich um den 32-Jährigen aus Hildesheim.

„Der war dabei völlig friedlich“, sagt Makowski. In Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft wurde er am Mittwochnachmittag bereits wieder entlassen. Die Beamten ermitteln nun gegen ihn wegen eines Anfangsverdachts auf versuchte räuberische Erpressung.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Tankstellenfiliale ins Visier eines Räubers rückt. Bereits im Januar 2024 kam es zu einer ver-

suchten räuberischen Erpressung, als ein maskierter Mann eine Angestellte mit einem Messer bedrohte und Geld forderte. Ein Mitarbeiter schlug den Täter damals in die Flucht. Auch in anderen Tankstellen in Stadt und Landkreis gab es in den vergangenen Monaten immer wieder Überfälle, zuletzt traf es Anfang Februar dieses Jahres die Ezzo-Tankstelle in der Frankenstraße.